

## Geldbergendung in den Munitionswerken.

### Die Zustände am „Großen Mittel“.

Nun haben die Sozialdemokraten die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den militärischen Betrieben in die Hand genommen und die Arbeiterschaft erwartete, daß nun die früheren Zustände, über die sich die Sozialdemokraten in unzähligen Beschwerden bei den früheren Regierungen beklagt haben, sich bessern, daß Protektions- und Bettlernwirtschaft und Geldverschwendung auf Kosten der Allgemeinheit aufhören und eine gerechte Arbeiterfürsorge sich durchsetzen werde. Die jetzige Wirklichkeit sieht leider anders aus. Wir erhalten folgenden Bericht, der sich mit den Zuständen am Großen Mittel im Steinfeld befaßt:

Im hiesigen Munitionsdepot sind Milliardenwerte investiert, über die nun ein Arbeiterrat waltet. Um die Verantwortung für diese Werte, über die der deutschösterreichische Staat auch mit anderen Staaten des früheren Oesterreich abrechnen muß, einigermaßen festzustellen, wurde ein Ausschuss eingesetzt, dem drei Arbeiter und drei Militärbeamte oder Offiziere aus dem Kreise jener, die beim Munitionsdepot Dienst tun, angehören. Zum Präsidenten des Ausschusses wurde ein Arbeiter gewählt, der ehemalige Feuerwerker Kozich, der nie im Felde war und dem eine üble Geldaffäre nachgesagt wird.

### „Ob wir früher oder später Bankrott machen...“

Die erste Tat des Herrn Präses auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge war, — die Fürsorge für seine eigenen Angehörigen. Er hat seinen Schwiegerjohn in seiner Kanzlei untergebracht und seine Tochter als seine Sekretärin angestellt. Die Arbeitslöhne sind jetzt für Arbeiter am Sprengplatz 4 K 40 h pro Stunde, für Magazinarbeiter und Arbeiterinnen und Kanzleipersonal 3 K 40 h pro Stunde, für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen 2 K 40 h pro Stunde. Kozich und die übrigen Arbeiterräte haben beschlossen, für sich 4 K 40 h Stundenlohn zu verrechnen, trotzdem sie nicht Arbeiter auf dem Sprengplatze sind, sondern in der Kanzlei sitzen. Die Tochter des Kozich erhält auf sein Einschreiten laut Beschluß des Arbeiterrates 3 K 40 h pro Stunde, trotzdem sie jugendliche Arbeiterin ist und als solche nur 2 K 40 h pro Stunde erhalten dürfte. Max Jiffi Fischer, der im Rationalauschuss sitzt, wollte gerechterweise diesen Lohn streichen und 2 K 40 h einlegen. Hierauf stellte ihn Kozich zur Rede und setzte es durch, daß seiner Tochter der höhere, nicht gebührende Stundenlohn von 3 K 40 h gezahlt werde. Hierbei äußerte er sowohl in bezug auf den Lohn seiner Tochter als auch in bezug auf die fortwährenden Aufnahmen neuer Arbeiter vor Zeugen wörtlich: „Ob der deutschösterreichische Staat 14 Tage früher oder später Bankrott macht, ist egal.“ — Der Vertrauensmann Daller der Expedition hat seine Braut in der Expedition untergebracht, obwohl dort schon fünf Mädchen und einige Schreiber sitzen, und jetzt höchstens ein Ein- und Ausgang von täglich sieben bis zehn Waggons ist.

Lebensmittel und Montursorten wurden nach demselben Protektionssystem willkürlich verteilt. Nicht die höheren Arbeitsleistungen waren dabei maßgebend, wie uns versprochen worden war, sondern die „Bestellungen“. Präsident Kozich läßt sich im Automobil von Hause abholen und am Abend wieder zurück nach Pottendorf fahren.

Am 15. Jänner fand eine sozialdemokratische Wählerversammlung am Großen Mittel statt, zu welcher der Arbeiterrat sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen aufgefordert hatte, zu erscheinen. Da diese Versammlung um 2 Uhr nachmittags stattfand, wurde bei sämtlichen Abteilungen nachmittags nicht gearbeitet. Diese Stunden werden aber trotzdem verrechnet und auch ausbezahlt. Diese Parteiversammlung kostete also dem deutschösterreichischen Staate 5440 Kronen!

Der sozialdemokratische Referent Dr. Danneberg sollte von Ebenfurt im Fuhrwerk abgeholt werden. Er schickte den zweispännigen Wagen mit dem Bemerkten zurück, man solle ihn im Auto abholen. Zufällig war Direktor Klaus der Böhlerwerke am Großen Mittel und aus Entgegenkommen stellte er sein Auto zur Abholung des sozialdemokratischen Agitators zur Verfügung. So kam denn der Arbeiterführer hier im Wagen des „Ausbeutungsdirektors“ an, worüber die Arbeiter freilich große Augen machten.

### Tschechische und ungarische Arbeiter an Stelle Deutscher.

Obwohl jetzt fast nichts zu tun ist, hat Präsident Kozich bis zuletzt neue Arbeiter aufgenommen. Darunter befinden sich unzählige Ungarn, Galizianer und Tschechen. Die letzteren sind größtenteils im Kriege hieher kommandierte Soldaten gewesen, die nach dem großen Krach die Arbeit verlassen und in ihre Heimat abgefahren waren; als sie aber dort mobilisiert und einberufen werden sollten, kehrten sie schleunigst hieher zurück und wurden wieder aufgenommen. Während Ungarn Tschechen und Galizianer hier den Staat ein schweres Geld kosten, gehen in Wien Zehntausende deutsche Arbeiter postenlos und brotlos von Haus zu Haus!

Eine Schöpfung des Präsidenten Kozich ist auch die zum größten Teile aus Ungarn und Galiziern bestehende Arbeiterwehr zur Bewachung der

Depots. Bei ihren Mitgliedern wurde von der Gendarmerie gelegentlich einer Hausdurchsuchung eine große Anzahl von Füllstreifen, Pferdegeschirr, Leuchtraketen und Leuchtpistolen vorgefunden. Trotzdem wehrt sich Kozich gegen die Übernahme der Wache durch die Volkswehr.

So sieht die „Arbeiterfürsorge“ der neuen Ära aus. Die Führer im Automobil, ihre Familienangehörigen und Freunde fett versorgt — die heimischen Arbeiter aber brotlos und an ihrer Stelle werden Staatsfremde aus Staatsgeldern unterhalten.

Während der Offensiven wurden 10.000 bis 14.000 Kronen wöchentlicher Lohn ausgezahlt, während heute — im Frieden — wöchentlich 75.000 bis 80.000 Kronen ausbezahlt werden.

Dabei sind mindestens 50% der Arbeiter nicht deutschösterreichische Staatsangehörige.

Soweit der interessante Bericht, der diese Zahlen nur aus einem einzigen Betriebe heraushebt. Was sagt dazu das Staatsamt der Finanzen und mit ihm jeder Steuerträger, auch die Arbeiter, die namentlich durch die hohen indirekten Steuern für diese Verschwendung aufkommen müssen?